Bezugsgebühr
vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Die Annahme von Ankündigungen für die nächste Nummer erfolgt in d. Hauptgeschäftsstelle, Marienstr. 38, in den Annahmestellen u. Vorm. 9 bis 5 Uhr Nachm. Expedition Marienstr. 38, v. 11–½1 Uhr Mittags.
Anzeigentarif.
Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 15 Pf., f. d. Inland 20 Pf., auf der Privatseite Zeile 20 Pf.; Tabellen- und unterm Strich (Finanziell) 40 Pf. Grundzeile für Montags oder nach Festtagen 20 Pf., für Familiennachrichten 15 Pf., bei 20 Pf. Vorschrift. Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werd. m. 10 Pf. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 u. Nr. 2000.
Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Winter-Joppen für Herren von 8 Mk. an für Knaben von 4 Mk. an.
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

Telegr.-Adresse: Nachrichten, Dresden

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. 1. Et.

Beleuchtungsgegenstände für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Putz- und Mode-Magazin
J. M. Korschatz Hoflieferant **6 Altmarkt 6** Gegründet 1843
Stroh- und Filzhutfabrik
bietet stets nur das Neueste und Beste zu billigsten Preisen.

R. Beyer Papier-Fabrik-Lager **Am See 16**
Papier-Grossohandlung
Grösstes Lager aller Sorten **Pappen** und **Packpapiere**, Façonts und Rollen in allen Grössen. **Schreib-, Post-, Druck-** und **Umschlag-Papiere. Imitirt. – fettdicht – echt –** und **Butter-Pergament. Weisse** und **farbige Seidenpapiere.**
Gelegenheitsposten. – Billigste Preise. – Prompteste Bedienung.

Lager-Tapeten
weit unter den sonst üblichen Verkaufspreisen geben jederzeit ab
Tapetenhaus **F. Schade & Co.** Victoriastr. 2

Regenschirme in grösster Auswahl zu billigsten Preisen. Schirmfabrik **C. A. Petschke,** Wilsdrufferstr. 17. Annenstr. 9 (Stadthaus)

Nr. 285. Spiegel: Unruhen in Italien. Hofnachrichten. Erzieherinnen in Spanien, Jungaesflügel-Ausstellung. Mord in Leipzig. Dresdner Turngau. Gerichtsverhandlungen. „Faust." | Muthmaßliche Witterung: Wechselnd. | **Donnerstag, 14. Oktober 1897.**

Politisches.

In den Straßen des ewigen Rom haben am Montag die Knüppelmänner gehaust. Klirrende Fensterscheiben, sausende Pflastersteine, knallende Schüsse, Schmerzensrufe Verwundeter bildeten zusammen die unharmonische Parademusik, die den Protestzug der Bürgerschaft gegen die neue Art der Steuereinschätzung zum Ministerium begleitete. Der Aufruhr trug nach den bekannt gewordenen Berichten einen so umfangreichen und gefährlichen Charakter, daß er nicht zu den gewöhnlichen Putschen und Krawallen gerechnet werden darf, an denen es im Lande der Ciceroni, Lazzaroni und Maccaroni niemals mangelt. Vieles Mal handelt es sich um eine ernsthafte, von den bösartigsten Instinkten geleitete Auflehnung wider die bestehende Ordnung, in der sich die Reflexe der sozialistischen und klerikalen Staatsfeindschaft gleichzeitig widerspiegeln. An sich hatte der Protest der Bürgerschaft gegen die Maßnahmen der Steuerbehörden durchaus nichts Revolutionäres an sich. Die Kundgebung selbst, soweit sie sich auf den engeren Kreis der ordnungsliebenden Theilnehmer und Interessenten beschränkt, ist denn auch in durchaus loyaler Weise verlaufen, indem der Ministerpräsident Rudini die Abordnung der Bürgerschaft in zuvorkommendster Weise empfing und ihr das Versprechen gab, das beanstandete Verfahren der Steuerbehörden einer Korrektur zu unterziehen. Die Veranlassung zu den beklagten Härten hatte eine jüngst erlassene Verfügung der Regierung gegeben, nach der die großen Finanzleute in schärferer Weise als bisher zur Einkommensteuer herangezogen werden sollten. Das war aber von den Steuerbehörden mißverständlich dahin aufgefaßt worden, daß überhaupt von allen Steuerpflichtigen möglichst hohe Beträge herausgepreßt werden sollten. So kam es, daß gerade der Mittelstand, den der Erlaß angeblich zu schonen bezweckte, in schärfster Weise mitgenommen wurde. Um der allgemeinen Mißstimmung über das von den Steuerbehörden beliebte Verfahren Ausdruck zu geben, wurde von den betroffenen Kreisen die Absendung einer Beschwerde-Deputation an den Ministerpräsidenten beschlossen, die sich am Montag an der Spitze eines großartigen, von den Innungen, den Handwerker- und kaufmännischen Vereinen gebildeten Zuges zum Ministerium begab und dort in der geschilderten Weise empfangen wurde. Während Herr v. Rudini mit der Abordnung verhandelte, begann plötzlich der Janhagel, der dem Zuge der Bürgerschaft gefolgt war, sein Zerstörungswerk. Sozialistische und klerikale Agitatoren hatten sich brüderlich zusammengefunden, um die Gelegenheit einer friedlichen Demonstration ehrsamer Bürger zu einem Gewaltstreich im Sinne ihrer staatsfeindlichen Pläne auszunutzen. Der Pöbel, willig wie immer zur Bethätigung seiner Vernichtungswuth, folgte auch dieses Mal den heterischen Lockungen der sozialistischen und klerikalen Demagogen und so kamen die schweren Ausschreitungen zu Stande, deren Schauplatz die italienische Reichshauptstadt am Montag gewesen ist.

Den Sozialisten hat der Ministerpräsident bereits die Antwort auf ihre Betheiligung an den Unruhen gegeben mittels eines Vorstoßes gegen ihre Organisation, indem die Auflösung der römisch-sozialistischen Vereinigung verfügt worden ist. Gegen die Klerikalen waren bereits vorher scharfe Maßnahmen ergriffen worden, die den Haß jener Kreise derartig aufgestachelt hatten, daß man wohl kaum fehl geht, wenn man der klerikalen Einwirkung bei den letzten römischen Unruhen einen noch größeren Platz einräumt als der sozialistischen Treiberei. Herr v. Rudini scheint nämlich in der letzten Zeit zu der Ueberzeugung gelangt zu sein, daß eine Politik der Nachgiebigkeit gegenüber dem Klerikalismus die weltliche Regierung in die Lage des Mannes versetzt, der dem Teufel erst nur den kleinen Finger reicht und ihm alsbald die ganze Hand überlassen muß. Als unmittelbare praktische Folge der veränderten Auffassung erschienen verschiedene Erlasse, die sich gegen die klerikale Organisation richten. Zunächst wurden die Eisenbahngesellschaften angewiesen, den klerikalen Vereinen die sonst üblichen Preisermäßigungen für Gesellschaftsfahrten zu verweigern. Sodann erhielten die Präfekten den Auftrag, die klerikalen Vereinigungen ebenso wie die sozialistischen und anarchistischen betreffs ihrer etwaigen umstürzlerischen Ziele zu überwachen. Gleichzeitig wurde die Benutzung von Kirchen für klerikale Versammlungen untersagt und endlich soll bei der Ertheilung des Exequatur und Placet für die neuen Bischöfe dem Vernehmen nach die alte Crispi'sche Strenge wieder in Anwendung kommen.

Damit wäre der Kampf gegen den Klerikalismus wieder auf der ganzen Linie eröffnet. Angesichts der darnach bevorstehenden schweren inneren Wirren fragt es sich, ob das Vorgehen des Ministerpräsidenten unter Berücksichtigung aller zusammenwirkenden Umstände dem wahren Interesse des Landes entspricht. Grundsätzlich erfordert die Lage zweifellos ein Einschreiten gegen die in geradezu bedrohlicher Weise anwachsende politische Organisation des Klerikalismus, der bereits so stark geworden ist, daß seine organisirten kampfbereiten Schaaren nur eines Winkes von Rom aus bedurften, um eine Macht auf den politischen Kriegsschauplatz zu werfen, die über Nacht dem italienischen Einheitsstaat ein päpstliches Gepräge geben könnte. Wie sich in klerikalen Köpfen die nach ihren Wünschen veränderte Welt malt, welche Hoffnung sie auf die „päpstliche Politik" setzen, zeigen in drastischer Weise folgende Aeußerungen eines „hervorragenden Katholiken": Der Papst, sei sehr erfreut über den Erfolg seiner russisch-französischen Diplomatie (zum Verständniß sei bemerkt, daß der Kardinalstaatssekretär Rampolla selbst für den Papst den Titel eines Urhebers der russisch-französischen Allianz aufgebracht hat). Das russisch-französische Bündniß sichere in Deutschland die Freiheit der katholischen Partei und erhebe Bayern aus der Stellung eines Vasallenstaats. Süddeutschland sei nicht länger dem Willen des jungen Kaisers ausgesetzt. Wer könne wissen, ob nicht der König von Hannover in Braunschweig wieder zu seinem Eigenthum käme? Kurz, Leo XIII. sei der Sieger. Was Italien von diesem Sieger zu gewärtigen hat, darüber schweigt sich der „hervorragende Katholik" vorsichtiger Weise aus. Es bedarf aber keines großen Scharfsinns, um das Bild nach dieser Richtung entsprechend zu ergänzen.

Alles in Allem kann es keinem Zweifel unterliegen, daß jeder Machtzuwachs, den der italienische Klerikalismus erfährt, nicht bloß für Italien, sondern für die gesammte internationale Konstellation gefährlich ist. Nachdem aber einmal eine Erstarkung des klerikalen Gegners infolge der Schwäche der italienischen Regierung wieder eingetreten ist, würde zu einem erfolgreichen Kampfe gegen ihn mehr als je eine gewisse Stabilität in den politischen und wirthschaftlich-sozialen Verhältnissen des Landes die unerläßliche Voraussetzung bilden. Unglücklicherweise läßt sich in diesem Punkte nicht viel Gutes sagen. Die wirthschaftlichen und sozialen Reformen, die verheißen waren, harren noch immer der Erfüllung. Der unerträgliche Steuerdruck steigt höher und höher und die Unzufriedenheit greift so rapid um sich, daß den klerikalen Agitatoren die Früchte fast von selbst in den Schooß fallen. Dazu kommt, daß nicht einmal die Regierung in sich selbst geschlossen ist, sondern durch verschiedene gegen einander ankämpfende Strömungen an der Entfaltung einer zielbewußten Thätigkeit verhindert wird. U. A. agitirt der Finanzminister ganz offen gegen den Ministerpräsidenten, indem er diesem die alleinige Schuld an den jüngsten Steuererlassen zuschiebt und durchblicken läßt, daß Herr v. Rudini thatsächlich die Verordnung so gemeint habe, wie sie von den Steuerbehörden aufgefaßt sei, daß also ein Mißverständniß überhaupt nicht vorliege. Ferner hat der Minister der öffentlichen Arbeiten Prinetti es für angezeigt gehalten, seinem persönlichen Mißfallen mit den antiklerikalen Erlassen Rudini's dadurch öffentlichen Ausdruck zu verleihen, daß er dem unversöhnlichsten und gefährlichsten Prälaten des Landes, dem Kardinalerzbischof von Mailand Ferrari, dem Führer des italienischen Klerikalismus, einen offiziellen Besuch abstattete. Durch solche Vorkommnisse wird die Autorität der Regierung natürlich auf das Schwerste bloßgestellt. Das Gerücht, daß Herr v. Rudini die Absicht habe, sein Kabinet in mehr einheitlicher Form zu rekonstruiren, erscheint unter diesen Umständen begründet. Wie es heißt, will der Ministerpräsident einen Versuch mit dem Radikalen Zanardelli machen, dessen Initiative alsdann für die Regierung bestimmend sein solle, während Herr v. Rudini sich selbst mehr im Hintergrunde halten und durch Darleihung seines Namens hauptsächlich für das Dekorative sorgen werde. In diesem Falle würde bei der ausgeprägten antiklerikalen Parteistellung Zanardelli's die Losung: „Le cléricalisme c'est l'ennemi!" die nächste Zukunft vollständig beherrschen. Es ist aber aus den angeführten Gründen fraglich, ob damit zur Zeit den wahren Interessen des Landes gedient ist. Als Hauptsache (unbeschadet der Zurückweisung klerikaler Machinationen überall, wo es nöthig ist) müßte von jeder wahrhaft nationalen Regierung Italiens zunächst die Gesundung der wirthschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Landes in Verbindung mit den dringend nöthigen Reformen in Justiz und Verwaltung in's Auge gefaßt werden. Eine solche Politik, mit sittlichem Ernste durchgeführt, würde den klerikalen ebenso wie den sozialistischen Agitationen die Hauptschlagader unterbinden und den Kampf gegen beide staatsfeindliche Richtungen mit einem normalen Aufwande von Machtmitteln zu führen gestatten.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 13. Oktober.

* **Wien.** Im Abgeordnetenhause wurde über die Ministeranklagen wegen des Erlasses vom 2. Juni 1897 an die Ländercheefs betreffend das Verhalten der behördlichen Organe bei Versammlungen verhandelt. Nachdem Hochenburger und Wolf gegen die Sprachenverordnungen gesprochen hatten, bemerkt Graf Badeni, das Ministerium des Innern habe thatsächlich eine Verfügung betreffend das Verhalten der behördlichen Organe bei Versammlungen erlassen, der Erlaß enthalte aber durchaus nichts Gesetzwidriges. Es war unbedingt nöthig, die Rechte und Pflichten der behördlichen Organe genau zu präzisiren, um Klagen über voreiliges Einschreiten der Organe in Zukunft zu vermeiden. Die Organe sollten keineswegs den Rednern in den Versammlungen Fallen legen, um gegen die Redner vorzugehen, wenn diese sich gegen die Organe aussprächen. (Lärm, Widerspruch links.) Ich bin nicht gewillt, mich durch Lärm und Schreien behindern zu lassen, es ist mein Recht, wie das jedes Abgeordneten, mich aussprechen zu lassen, ich werde somit für jetzt und die anderen beiden Anträge auf das Wort verzichten. (Beifall rechts.) Nachdem sich Redner noch gegen die verschiedenen Deutungen gewandt, welchen der Erlaß ausgesetzt sei, da er auf illegalem Wege veröffentlicht wurde, tadelte er die Pflichtvergessenheit des Beamten, der den Erlaß an die Oeffentlichkeit brachte, und bedauerte, daß der Abgeordnete dieselbe ausgenutzt habe. Nächste Sitzung morgen.

* **London.** Die Behörden des Universitätshospitals zeigten an, daß 18 Typhusfälle unter den Pflegerinnen und Bediensteten ausgebrochen seien. Professor Corfield leitete die Ansteckung auf das Trinkwasser im Speisezimmer der Pflegerinnen zurück. Nunmehr ist Abhilfe geschaffen.

Berlin. Der Kaiser und die Kaiserin trafen heute Nachmittag auf Station Wildpark bei Potsdam ein, wo sie von den Prinzen Adalbert, August, Wilhelm und Oskar empfangen wurden. — Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe begab sich heute Nachmittag in Begleitung des Finanzministers v. Miquel und des stellvertretenden Staatssekretärs des Auswärtigen v. Bülow zum Vortrag bei dem Kaiser in das Neue Palais, wo sie zur Abendtafel zugezogen wurden. — Morgen Nachmittag empfängt der Kaiser die Mitglieder der Lepra-Kommission. — Der Kaiser hat sämmtlichen Bataillonen der am 1. April neu errichteten Infanterie-Regimenter Fahnen verliehen, deren Nagelung und Weihe in Gegenwart des Kaisers am Sonntag Vormittag hier stattfindet. Zu dieser Feier sind die kommandirenden Generale und von jedem der neuen Regimenter eine Abordnung nach Berlin befohlen worden.

Berlin. Der dem Bundesrath zugegangene Gesetzentwurf betr. die Entschädigung unschuldig Verurtheilter hält sich im Ganzen im Rahmen der in der vorigen Reichstagssession in der Strafprozeßnovelle gemachten Vorschläge, besonders bleibt es dabei, daß nur im Wiederaufnahmeverfahren wirklich unschuldig Befundene entschädigt werden sollen. Dieses Verfahren soll jedoch nicht der Beschränkung unterliegen, welche der vorige Entwurf vorsieht. Die Bürgschaft, welche diese Beschränkung im Wiederaufnahmeverfahren nach dem vorigen Entwurf über die Unschuld des vorher Verurtheilten leisten sollte, hat nach der neuen Vorlage allein der Gang des Wiederaufnahmeverfahrens zu erbringen. — Der kommandirende Admiral v. Knorr wird morgen einen vierwöchentlichen Urlaub nach dem Rhein antreten. Mit seiner Vertretung ist der Chef der Marinestation der Ostsee, Admiral Köster, beauftragt worden. Derselbe ist heute hier eingetroffen. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht amtlich die Verleihung des schwarzen Adlerordens an den österreichisch-ungarischen Kriegsminister v. Krieghammer und den Feldzeugmeister Prinzen v. Lobkowitz. — Der chinesische Vicekönig Li-Hung-Tschang schenkte bei seinem im vorigen Sommer stattgefundenen Besuch der Fabrik von Zuppen u. Challier in Duisburg, namentlich auch der Langen'schen Schwebebahn seine Aufmerksamkeit. Dieser Tage begiebt sich nun einer der Mitinhaber der genannten Firma nach China und Japan, um dort neue Geschäftsverbindungen anzuknüpfen. — Auf die Hebung des Torpedobootes „S 26" ist mit Rücksicht auf die entgegenstehenden Schwierigkeiten und der massive hälnißmäßig hohen Kosten verzichtet worden, doch soll nochmals der Versuch gemacht werden, die Leiche des Oberheizers Hempel zu bergen. — Der neuerbaute, Mitte November fertig werdende Kreuzer „Viktoria Louise" geht nach Beendigung der Probefahrten im Frühjahr 1898 in das Ausland; er wird der ostasiatischen Kreuzerdivision als Flaggschiff dienen.

Berlin. Die Konferenz der Oberpostdirektoren, welche morgen im Reichspostamt beginnt, wird sich ausschließlich mit der Porto-Tarif-Frage beschäftigen, für welche seitens des Publikums, insbesondere aus den Kreisen des Handels und der Industrie in der letzten Zeit Anregungen und Vorschläge erfolgt sind. Falls diese Vorschläge zur Annahme gelangen, wird es sich darum handeln, die entsprechenden Aenderungen in den bisherigen Bestimmungen zu formuliren und die erforderlichen Vorlagen an den Bundesrath und den Reichstag vorzubereiten. Im Anschluß an diese Berathungen der Oberpostdirektoren werden im Laufe der nächsten Woche Vertreter der Landwirthschafts- und der Handelskammern im Reichspostamt zu einer Konferenz zusammentreten, um gutachtlich über postalische Angelegenheiten und Wünsche gehört zu werden. Persönliche Reformen, die naturgemäß erst den Schlußstein bilden können, bleiben eventuell einer späteren Zeit vorbehalten. — Der wirthschaftliche Ausschuß, der zur Vorbereitung der Handelsverträge niedergesetzt worden ist, wird noch im Monat Oktober einberufen. Bis jetzt hat von den drei großen Interessen-Verbänden nur der deutsche Landwirthschaftsrath seine Delegirten ernannt. Der Centralverband deutscher Industrieller kann seine Vertrauensmänner erst wählen, wenn der Handelstag seine Wahlen vollzogen hat.

Koburg. Das russische Kaiserpaar trifft hier zum Geburtstag der Herzogin am Sonnabend ein und wird bis Dienstag verweilen.

Wien. Abgeordnetenhaus. Der Präsident verliest folgendes Schreiben des Abg. Iro: „Mit Rücksicht auf das unter Zustimmung des Hauses stattgehabte, nach meiner Ueberzeugung parteiliche Vorgehen des Mißbilligungs-Ausschusses, wogegen mir nach der Geschäftsordnung weiter keinerlei Abwehr zur Verfügung steht, sehe ich mich veranlaßt, aus diesem Hause zu scheiden." (Gelächter und Beifall rechts). Hierauf wurde ein Schreiben des Abg. Schönerer verlesen, worin er einen vierwöchentlichen Urlaub erbittet. (Bewegung. Rufe: Vor der Ministeranklage!). Der Urlaub wurde bewilligt. Nach der Verlesung der Eingänge wurde wieder Obstruktion getrieben, und zwar während der Verlesung zweier Petitionen gegen die Sprachenverordnung, indem namentliche Abstimmung beantragt wurde und vorgenommen werden mußte. Darauf ging das Haus zur Tagesordnung über und zwar zur Berathung der Ministeranklage.

Pest. Abgeordnetenhaus. Johann Molnar begründete seinen Antrag, betr. Hilfeleistung für die durch Nothstand bedrohten Gegenden und forderte die Regierung auf, einen bezüglichen Gesetzentwurf einzubringen. Der Ackerbauminister gab darauf eine umfassende Darstellung der Hilfsaktion der Regierung. Der Minister stellte fest, daß bereits im Schooße aller Ministerien die nöthigen Maßregeln ergriffen wurden, und daß sowohl das Finanzministerium als das Ministerium des Innern weitgehende Verfügungen erlassen haben. Das Ackerbauministerium setze die Vertheilung von Sämereien, welche sich vorzüglich bewährt habe, im großen Maßstab fort, ferner sei im Einvernehmen mit dem Handelsministerium eine Reihe öffentlicher Bauten in Angriff genommen worden, auch sei mit Rücksicht auf den Nothstand im Einverständniß mit dem Handelsminister angeordnet, daß bei staatlichen Unternehmungen ausländische Arbeiter nur mit ministerieller Genehmigung angestellt würden und daß die Entlohnung der Arbeiter nur in baarem Gelde erfolgen dürfe. Was das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern betreffe, so werde dem Hause ein entsprechender Gesetzentwurf zu einem Zeitpunkt zugehen, daß das Gesetz bereits für die nächste Ernte Anwendung finden könne. Die Regierung, sagte der Minister, leugnet den Nothstand nicht, doch dürfe man auch nicht in den Fehler verfallen, denselben zu übertreiben und im Volke den Glauben zu erwecken, daß man auch ohne Arbeit leben könne. Redner schloß mit der Bitte, den Antrag Molnar's nicht auf die Tagesordnung zu setzen. Darauf wurde der Antrag mit allen gegen die Stimmen der Volkspartei abgelehnt.

Paris. Die japanische Regierung hat bei der Loirewerften-Gesellschaft einen Panzerkreuzer von 9400 Tonnen bestellt, dem eine 17,000 Pferdekraft-Maschine 20 Knoten Geschwindigkeit mittheilen soll. — Der von Eastburne gestern mit einem Ballon aufgestiegene Londoner Bankier Pollack ist nach glücklichem Flug über den Kanal in Domard gelandet, 10 Meilen von der Gegend entfernt, welche der Aeronaut Spencer als voraussichtlichen Landungsort bezeichnet hatte.

Marseille. Hier eingetroffene Blätter aus Tongking berichten, daß das einer Flußschifffahrtslinie gehörige Schiff „Rafael" in der Nähe von Nam Dinh infolge Zusammenstoßes mit einem chinesischen Fahrzeug gesunken ist. Etwa 30 Personen ertranken.

Rom. Hier ist Alles ruhig, doch bleibt das Militär vorläufig noch consignirt.

Bern. Der Ständerath erledigte alle Streitpunkte mit dem Nationalrath über die Eisenbahnrückkaufs-Vorlage im Sinne der Beschlüsse des letzteren.

Aaus (Schweden). Eine heftige Feuerbrunst wüthet seit heute Vormittag in der Stadt. Der Wind begünstigt das Umsichgreifen des Feuers. Eine Anzahl Häuser sind bereits eingeäschert, die ganze Stadt ist bedroht.

Pfund's Kindermilch. Trocken-fütterung. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.